Ende des "rohen" Kommunismus : zur Stalinismus-Kritik

Autor(en): **Ruben, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **10 (1990)**

Heft 19

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651641

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Peter Ruben

Ende des "rohen" Kommunismus

Zur Stalinismus-Kritik *

Angesichts des Zusammenbruchs des Stalinismus in Mittel- und Osteuropa wird landauf, landab das "Scheitern des Sozialismus" verkündigt – mit keiner anderen Rechtfertigung als der, noch in der Sprache des Stalinismus, die Denunziation seines politischen und wirtschaftlichen Systems zu artikulieren. Denn, dass dieses System in der Tat "der Sozialismus" gewesen sei, was stalinistische Ideologen natürlich immer wussten, ist in jener Verkündigung als ausgemachtes Faktum unterstellt. Ganz Fleissige verweisen auch noch auf die speziell deutsche Erfahrung des "Nationalsozialismus", um sodann erregten Gemüts darauf zu beharren, einen "dritten Sozialismus" nicht überleben zu können (1). So gelten denn die Meinungen Stalins oder gar Hitlers als die wahren Meinungen von Sozialismus. Und mithin ist die Formel vom "Scheitern des Sozialismus" fast so etwas wie ein Axiom der Soziallehre des gesunden Menschenverstands, der von beiden Diktatoren genug hat.

Nun sind hysterische Mentalreaktionen in ökonomischen Depressionsphasen – und wir stehen gerade in einer Kondratieff-Depression des Weltwirtschaftszyklus – gar nichts Neues, wenngleich die allgemeine Bekanntschaft solcher Phänomene leider nicht vorausgesetzt werden kann. Will man ihnen nicht verfallen, lohnt es sich, einen Augenblick innezuhalten und jetzt jedenfalls zu fragen: Reden die Prediger des "Scheiterns des Sozialismus" die Wahrheit oder betreiben sie nur das altbekannte Ideologiegeschäft der Artikulation von Sonderinteressen in Gestalt stimmungsbildender Sprechblasen?

Indem ich von der klassischen Sicht der politischen Arbeiterbewegung ausgehe, den Sozialismus als *Lösung der sozialen Frage* zu verstehen, darf ich feststellen, dass die Annahme vom "Scheitern des Sozialismus" aus dem einfachen Grund unsinnig ist, weil von der reellen Existenz des Sozialismus in dieser Welt bisher gar keine Rede sein kann. Wahr ist, dass das in den Jahren 1928 bis 1930 in der Sowjetunion eingeführte Wirtschaftssystem laut Diktum seiner Ideologen 1936 die "Grundlagen des Sozialismus" realisiert haben soll, um gute dreissig Jahre später die Tore zum "entwickelten Sozialismus" aufzustossen. Aber ist diese ideologisierende Selbsternennung auch wissenschaftlich gültig? Ist etwas wahr, weil es von soundso viel Menschen geglaubt worden ist?

*

Das stalinistische Wirtschaftssystem ist durch die formelle Existenz des Gemeineigentums in der Art des Volks- oder Nationaleigentums charakterisiert, komplettiert durch Genossenschaftseigentum. Beide Eigentumsarten werden in diesem System über die staatliche Naturalplanung unter Voraus-

setzung politischer Zielstellung realisiert. Diese Planungsweise, mit der ökonomischen Wertlehre auf Kriegsfuss stehend, zwingt eine *Volks*wirtschaft in das Korsett einer hypertrophen *Betriebs*wirtschaft mit zuletzt genau einem Direktor, der wie ein General die ihm unterstellten Kommandeure, absurderweise "Einzelleiter" genannt, zum Rapport befiehlt, die Lage an der "Wirtschaftsfront" festzustellen und Befehle zu erteilen. Der ökonomische Austausch, der Verkehr oder Markt – diese wesentliche Erscheinung der "Gesellschaftlichkeit" – ist darin mit Produktionsmitteln völlig ausgeschlossen und mit Konsumtionsmitteln auf einen bei Geldgebrauch untilgbaren Rest reduziert. Dieser Rest besteht darin, dass das eigentlich produzierende Wirtschaftssubjekt, der Staat, im sogenannten Einzelhandel, seinen Staatsbürgern als Verkäufer von Produkten und Diensten mit ihrer Geldausgabe persönlich entscheiden, was von den angebotenen Produkten und Diensten Gebrauchswert hat und was nicht. Das gut bekannte Resultat dieser Entscheidung ist ein doppeltes Wachstum – einerseits der "Waren- und Materialbestände der Volkswirtschaft", andererseits der Spareinlagen der Bevölkerung.

In dieser ökonomischen Bestimmtheit ist das stalinistische Wirtschaftssystem die einfache Negation des Kapitalismus, d.h. derjenigen Wirtschaftsordnung, die auf der Grundlage des persönlichen Eigentums an den Naturbedingungen der Arbeit und des privaten Bankgewerbes der *Person* die Verfügungsmacht über alle zur individuellen Produktion auf eigene Rechung erforderlichen Produktionsbedingungen garantiert. Diese Person negiert der Stalinismus, indem er an ihre Stelle die politische Realisation des Gemeinwesens, den Staat, geführt von der kommunistischen Partei, setzt. Die Ideologie des Stalinismus suggeriert sich den Sinn dieser Ersetzung, indem sie das "Primat der Politik über die Ökonomie" verkündet und darin nicht einmal ahnt, dass die Wiederherstellung auf moderner technologischer Basis aus eigenen Kräften kaum möglich erscheint.

Was aber ist ein Wirtschaftssystem, das den Staat zum ausschliesslichen offizellen Wirtschaftssubjekt macht und mit der Ersetzung des Austauschs durch die Zuteilung die Gesellschaftlichkeit ausschliesst, also allein die nationale Gemeinschaft mit der Subordination ihrer Mitglieder unter ihr Gemeinwesen gelten lässt? Damit diese Frage, in ihrem Sinn richtig verstanden wird, sei bemerkt: Die deutsche *Gemeinschaft* ist im Unterschied zur *Gesellschaft* wesentlich das, was man lateinisch "commune" im Unterschied zu "societas" nennt – Benennungen, die die Quelle unserer Wörter *Kommunismus* und *Sozialismus* bilden. "Gemeinschaft" und "Gesellschaft" meinen genau zu unterscheidende Verbindungs- oder Verknüpfungsarbeiten zwischen den Menschen (2). Eine Gemeinschaft ist ein *Verein* (Union) voraussetzungsgemäss Unselbständiger, die sich zur empirischen Darstellung ihres Gemeinwesens einen wie immer gearteten Vorstand einsetzen und Beiträge zur Füllung der Gemeinschaftskasse zahlen. Eine Gesellschaft ist eine *Vereinigung* (Assoziation) voraussetzungsgemäss Selbständiger, die miteinander austauschen und füreinander Vertragspartner sind. Gemeinschaft wird durch Zusammenarbeit (Kooperation), Gesellschaft durch Austausch (Handel) reali-

siert. Die Gemeinschaftlichkeit bringen wir schon allein wegen der sexuellen Reproduktion aus der Natur mit; die Gesellschaftlichkeit ist ausschliesslich Produkt der Menschengeschichte im Unterschied zur Naturgeschichte. Eine Gemeinschaft ist immer über die Art ihres Gemeinguts bestimmt (sei es Sprache, die Klasse oder seien es gemeinsame Produktionsmittel). Eine Gesellschaft hat kein Gemeingut, sondern besteht in der vertraglichen Anerkennung des exklusiven Eigentums der Vertragspartner, der Gesellschafter. Die menschliche Gesellschaft überhaupt hat ihre sinnliche Existenz im Weltmarkt: Dieser ist keine kapitalistische Erfindung, sondern in seiner Geschichte die Historie der Zivilisation.

Schliesst sich eine Gesellschaft *gegen* andere Menschen zusammen, indem sie diese von Grund- oder Mobiliareigentum ausschliesst, bildet sie eine *Schein*gemeinschaft, die wir "soziale Klasse" nennen. Eine Klasse überhaupt ist immer nur gegen andere Klassen wirklich vorhanden und niemals die Realisation wirklicher Gemeinschaftlichkeit, wenngleich jederzeit die Quelle des objektiven Scheins derselben (3).

*

Gehen wir von diesen Überlegungen aus, so können wir den Namen Stalinismus aufgeben und feststellen: Was nun den Gang zum Konkursrichter antritt, ist nicht der Sozialismus, sondern das, was der junge Marx 1844 den "rohen Kommunismus" genannt hat. Dieser Kommunismus geht von der *Schädlichkeit* des Privateigenthums" aus und ist doch "nur eine *Verallgemeinerung und Vollendung desselben*". Er will *"alles* vernichten... was nicht fähig ist, als Privateigenthum von allen besessen (zu) werden; er will auf *gewaltsame* Weise (von) Talent, etc. abstrahieren... Dieser Communismus – indem er die Persönlichkeit (des) Menschen überall negiert – ist eben nur der consequente Ausdruck des Privateigenthums, welches diese Negation ist... Der Gedanke jedes Privateigenthums als eines solchen ist *wenigstens* gegen das *reichere Privateigenthum* als Neid und Nivellierungssucht gekehrt... Der rohe Communismus ist nur die Vollendung dieses Neides und dieser Nivellirung von dem *vorgestellten* Minimum aus... Wie wenig diese Aufhebung des Privateigenthums eine wirkliche Aneignung ist, beweist eben die abstrakte Negation der ganzen Welt der Bildung und der Civilisation; die Rückkehr zur *unnatürlichen* Einfachheit des *armen* rohen und bedürfnisslosen Menschen, der nicht über das Privateigenthum hinaus, sondern noch nicht einmal bei demselben angelangt ist... Die erste positive Aufhebung des Privateigenthums, der *rohe* Communismus ist also nur eine *Erscheinungsform* von der Niedertracht des Privateigenthums, das sich als das *positive Gemeinwesen* setzen will". (4) Wie diese Niedertracht empirisch aussieht, stellen in der DDR nun Ausschüsse zur Untersuchung von Korruption und Amtsmissbrauch fest.

Freilich muss zur Anerkennung dieser Beschreibung als einer gültigen Kennzeichnung des stalinistischen Systems die fromme Einbildung vom Kommunismus als dem säkularisierten Paradies, dem wir unter Führung

kommunistischer Parteien munter entgegenschreiten, ad acta gelegt werden. Sie ist ja nichts weiter als eine Reformulierung der Entwicklungsstufenvorstellungen des 19. Jahrhunderts und hat mit wirklicher Analyse der Wirtschaftsgeschichte gar nichts zu tun. Der Gesellschaftsgeschichte einen Endzustand kommunistischer Seligkeit zuzuordnen, sagt viel über die aktuelle Weltbefindlichkeit rohkommunistischer Ideologen, aber gar nichts über wirkliche künftige Entwicklungszustände.

Wie nun jeder wissen kann, ist die "socialistische Gesellschaft" von der deutschen Arbeiterbewegung 1874 als "die Lösung der socialen Frage" erklärt worden (5). Diese soziale Frage bestand und besteht, weil das exklusive persönliche Privateigentum an den sächlichen Produktionsbedingungen unweigerlich mit der Eigentums- oder Vermögenslosigkeit der Arbeiter verbunden ist. Da nun die Gesellschaft durch den Austausch von Produkten und Diensten gebildet wird, letztere aber den produktiven Einsatz von Vermögen voraussetzen, sind die Vermögenslosen im System des reinen persönlichen Privateigentums, d.i. der Kapitalismus, keine Teilnehmer der Gesellschaft – der "guten Gesellschaft", wie man so sagt. Daher besteht die soziale oder, was dasselbe heisst, gesellschaftliche Frage exakt darin, wie die Vermögenslosen zu Vermögen kommen können, um Teilnehmer der Gesellschaft zu werden, soziale Selbständigkeit und damit wirkliche Freiheit zu gewinnen. In diesem Sinne ist die klassische Sozialismusvorstellung die der menschlichen Gesellschaft als einer Vereinigung (nicht eines Vereins!) der Produzenten, die mit eigenem Vermögen füreinander Produkte und Dienste hervorbringen – nicht als Opfer, sondern als nach dem Wertgesetz zu kalkulierende Waren. Vorsozialistisch ist jede Gesellschaft, die ausser sich eigentumslose Menschen hat; sozialistisch ist die, die alle Menschen als Eigentümer unterstellt, daher alle als freie Akteure in der Determination der sozialen Verhältnisse kennt.

Unter Ausblendung dieses wesentlichen Inhalts wird die soziale Frage oft auf das Problem der Einkommenssicherung der Vermögenslosen in den Fällen der Arbeitslosigkeit bzw. -unfähigkeit reduziert und so als Gegenstand der Sozialpolitik präsentiert. Damit aber ist gerade die Ungelöstheit der sozialen Frage die eingestandene Bedingung dieser Reduktion.

Im Gothaer Programm wird als "sozialistische" Lösung der sozialen Frage "die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft" ausgesprochen (6). Damit stossen wir auf die m.E. entscheidende Paradoxie im politischen Bewusstsein der klassischen Arbeiterbewegung: Wie kann bei klarer Unterscheidung der Gemeinschaft von der Gesellschaft "Gemeingut der Gesellschaft" reale Existenz haben? Gemeingut ist immer Gut einer *Gemeinschaft*, d.h. einer Familie, einer Genossenschaft, einer Dorf- oder Stadtgemeinde, eines Volkes oder einer Nation – auch einer Partei. Die Gesellschaft kann kein Gemeingut haben, weil sie vielmehr in der wechselseitigen Anerkennung wenigstens zweier verschiedener Gemeinschaften erst wirklich ist. Die Vergesellschaftung von Produkten und Diensten ist nicht irgendeine Aneignung durch "die Gesellschaft" sondern die durch den Tausch, den Markt vermittelte Transformation eigenen Produkts in fremdes

Eigentum und fremden Guts in eigenes Konsumtionsmittel.

Wenn das so ist, dann kann die sozialistische Lösung der sozialen Frage nur darin bestehen, Arbeitsmittel in Gemeingut exakt bestimmbarer Gemeinschaften zu verwandeln. Und hier haben wir die Quelle des modernen rohen Kommunismus. Seine Lösung der sozialen Frage besteht darin, das Gemeingut ausschliesslich der Nation unter Führung der kommunistischen Partei herzustellen – und exakt damit die Gesellschaftlichkeit im Innern der so verfassten Nation abzuschaffen. *Die rohkommunistische Lösung der sozialen Frage besteht in der Preisgabe der Sozialität.* Alle Mysterien des Stalinismus finden ihre Aufklärung aus dieser Fundamentaltatsache. Indem der rohe Kommunismus reell allein das nationale Staatseigentum kennt (die Genossenschaften werden in ihm ebenso "verplant" wie die volkseigenen Betriebe), schliesst er den Austausch, den Verkehr oder Markt aus und ersetzt ihn durch die Zuteilung. Damit hat er kein ökonomisches Preisbildungsprinzip, muss Preis- und ergo Subventionspolitik betreiben – und verliert schliesslich die unabdingbare Einsicht in die Kosten der Produktion. So ist er dem kapitalistischen Imperialismus zwar ein gefährlicher Gegner, aber dem gewöhnlichen kapitalistischen Geschäft nicht gewachsen, muss vielmehr dessen Schuldner werden und beschliesst damit freiwillig, als transitorisches Unternehmen aus der Sozialgeschichte zu scheiden. Das ist die Lage, in der wir uns augenblicklich wenigstens in Europa befinden.

Es ist klar, dass die wirklich sozialistische Lösung der sozialen Frage nicht die Liquidation der Sozialität sein kann. Diese Sozialität verteidigt der Kapitalismus auf dem Standpunkt der Autonomie der Person (das nennen die Liberalen "Freiheit" – und von denen hat es denn auch die CDU gelernt), d.h. im Kampfe gegen alle *originäre* Gemeinschaftlichkeit (die Mutter Kirche in Gestalt der Kirchengemeinden noch sehr gut kennt). Der Sozialismus aber kann das Gesellschaftliche mit dem Gemeinschaftlichen nicht anders verbinden als durch die Anerkennung einer *Totalität* von Gemeinschaften, die die rohkommunistische Unität allein in die nationale Gemeinschaft auflöst. Die Vielheit von Gemeinschaften ist die notwendige Bedingung der Erhaltung der Gesellschaft, die nur ist, wenn es souveräne Tauschpartner gibt.

Das uralte deutsche Prinzip der produzierenden Gemeinschaft ist die *Genossenschaft.* An den Genossenschaften hat der Sozialismus seine ökonomische Basis, seien sie landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, Handwerkergenossenschaften oder die Konsumgenossenschaft. Die Genossenschaft ist a priori demokratisch – und damit der Sozialismus, so dass die Phrase vom "demokratischen Sozialismus" im Adjektiv nur wiederholt, was im Substantiv schon ausgedrückt ist. Es gibt keinen "administrativ-bürokratischen Sozialismus", wenngleich solche Wortungeheuer in ideologischer Schlagwortmünze schnell produziert werden können. Gegen solche Falschmünzerei hilft nur das Denken.

*

Mit dem Zusammenbruch des rohen Kommunismus steht die DDR , in

der angedeuteten Sicht vor der klaren Alternative: Anerkennung der Gesellschaftlichkeit in Form des Anschlusses an die westdeutsche "soziale Marktwirtschaft", eine kapitalistische Reaktion auf die Herausforderung des rohen Kommunismus, oder in Form des Durchbruchs zum Sozialismus. Politisch ist das natürlich gleichbedeutend mit der Alternative: Liquidation der DDR oder Erhaltung derselben.

Was die erstere Möglichkeit betrifft, so brauche ich sie hier nicht weiter zu diskutieren. Sie ist ganz klar und dürfte im Verlauf von 5 bis 10 Jahren zur Wiederherstellung der volkswirtschaftlichen Substanz der DDR führen, die der rohe Kommunismus so heruntergewirtschaftet hat, dass Ökonomen mit einem Investitionsbedarf von 900 bis 1000 Milliarden DM rechnen. Da die DDR ein hervorragender Anlageplatz ist, dürfte die angenommene Dauer der Wiederherstellung auf moderner technologischer Basis durchaus zutreffen.

Was ist zur sozialistischen Möglichkeit der DDR zu sagen? Wenn der ökonomische Grundmangel des rohen Kommunismus in der Tat im Ausschluss der Gesellschaft namens der abstrakten Gemeinschaft besteht, so ist die Wiederherstellung des Markts vor allem für produzierte Produktionsmittel die wesentliche ökonomische Strategie einer Wirtschaftsreform in sozialistischer Absicht. Die Gemeinwirtschaft bleibt mit der Unverkäuflichkeit der Naturbedingungen der Produktion (bei Vorkaufsrecht des Gemeinwesens für noch bestehendes persönliches Landeigentum) erhalten. Weiter ist die Zentralbank als ökonomische Institution des Gemeinwesens so zu reformieren, dass die politische Realisation des Gemeinwesens, die Regierung, keinerlei Eingriffsmöglichkeiten in die Geldmaschine hat (eine der Quellen der rohkommunistischen Inflation). Endlich ist die Person ökonomisch freizusetzen, d.h. die volle Gewerbefreiheit ohne bürokratische und daher immer quantitative Beschränkungen zu verwirklichen. Diese Anerkennung des sozialistischen Unternehmers ist mit der Erwartung zu verbinden, dass sein erfolgreiches Tun den Keim künftiger Genossenschaftsbildung via Gewinnbeteilung der Arbeiter legt – eine ganz realistische Annahme. Über die bestehenden Genossenschaften ist nichts weiter als dies zu sagen, dass sie in betriebswirtschaftlich optimaler Verfassung anständige Marktproduzenten werden müssen, denen keine staatliche Naturalplanung mehr ins Handwerk pfuscht. Was endlich die volkseigene Industrie anlangt, so kann allein die betriebswirtschaftliche Analyse für jeden Einzelfall sinnvoll entscheiden, wie die Perspektive aussehen muss.

Unter diesen Bedingungen ist die Einladung ausländischer Investoren zur Kooperation, worauf die DDR mit Sicherheit nicht verzichten kann, schrankenlos realisierbar. Produzieren sie auf dem Boden der DDR, sind sie Pächter von Grundstücken aus dem Gemeineigentum dieses Landes und zahlen eine Gewinnsteuer an das sozialistische Gemeinwesen, die klugerweise ein wenig niedriger ausfallen sollte als anderenorts. Damit ist das Gerede vom "Ausverkauf" gegenstandslos, wenngleich Kapitalbildung – unter der ökonomischen Kontrolle des sozialistischen Gemeinwesens – zugelassen ist. So und nicht anders kann der *Beginn* des Sozialismus aussehen.

Dass die europäische "Linke" diesen Beginn will, unterstelle ich.

*Dieser Beitrag erschien in ‚Sozialismus' 3/90, Hamburg. P. Ruben wurde nach 1956 und dann erneut 1981 wegen seiner brisanten Auslegung der Werttheorie und Kritik am DDR-Sozialismus aus dem Zentralinstitut der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin und der Partei ausgeschlossen. Siehe u.a. Peter Ruben; Dialektik und Arbeit der Philosophie, Köln 1978; Philosophie und Mathematik, Leipzig 1979.

Anmerkungen

1) Vgl. das Interview T. Neckers in: Der Spiegel 43 (1989) 52 (Hamburg), S. 81, wo der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sich eines "erregten älteren Herrn" erinnert, welcher einen "dritten Sozialismus" in der DDR nicht überleben will. Der "erste Sozialismus" dieses Herrn muss logischerweise der "Nationalsozialismus" gewesen sein.
2) Vgl.: F. Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft, 3. Aufl., Berlin 1920.
3) Vgl. K. Marx u. F. Engels: Die deutsche Ideologie. In MEW, Bd. 3, Berlin 1973, S. 74-77.
4) K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte vom Jahre 1844, 4., veränderte Aufl., Leipzig 1988, S. 156-159. s. auch MEW, Ergänzungsband I, 1968, S. 534-536.
5) Vgl. Programm der Socialistischen Arbeiterpartei Deutschlands. In: M. Beyer/G. Winkler: Revolutionäre Arbeitereinheit. Eisenach – Gotha – Erfurt, Berlin 1975, S. 78.
6) Ebd.

Vgl. auch das längere Gespräch mit P.Ruben "Nicht der Sozialismus stirbt, sondern der 'rohe Kommunismus'". In: Das Argument, Heft 180 und 181, Hamburg 1990.

Informieren Sie sich über die aktuelle Lage in Südafrika und über die Beziehungen Schweiz–Apartheidstaat.

ANTI APARTHEID NACHRICHTEN

○ **Ich abonniere die AAN** zum Preis von Fr. 20.– p. Jahr (Solidaritätsabo Fr. 50.–)

○ **Ich werde AAB-Mitglied** und bezahle Fr. 50.– p. Jahr (Solidaritätsbeitrag Fr. 100.–)

Name: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Einsenden an: **AAB, Postfach 1022, 8036 Zürich**

Das Magazin der Anti-Apartheid-Bewegung erscheint 6mal jährlich.